

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Werkerschaften

Abonnementpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 60 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelaummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3920.

Nr. 173

Dienstag, den 27. Juli 1920

11. Jahrgang

Rußlands bedingter Waffenstillstand.

Die Internationale in Genf.

Von Eduard Bernstein.

Der internationale Sozialistkongress, der am 31. Juli in Genf zusammentreten soll, hat eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe zu erfüllen, als irgend eine der ähnlichen Konferenzen der letzten Jahre. Es soll sich auf ihm entscheiden, ob inmitten der Zersplittertheit, die sich unter den Rückwirkungen des Weltkrieges eines großen Teils der sozialistischen Internationale bemächtigt hat, ein Stamm von Vereinigten der bisher von ihr hochgehaltenen Grundsätze und Ideen zusammenhält, der stark genug ist, Vertrauen in seine Leistungskraft zu verbreiten und den heute an der zweiten Internationale irre gewordenen sozialistischen Parteien und Gruppen früher oder später den Gedanken der Rückkehr in die alte oder der Wiedervereinigung mit ihr als die beste Lösung des Problems der Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Bewegung der Kulturwelt erscheinen zu lassen.

Die Lage der sozialistischen Internationale ist heute eine ähnliche, wie sie es vor nahezu fünfzig Jahren nach Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges gewesen war. Auch jener Krieg hat die Wirkung gehabt, eine Spaltung der Internationale herbeizuführen. Nur waren die Größenverhältnisse andere. Wie der Weltkrieg den Deutsch-Französischen Krieg an Umfang der beteiligten Massen und an Schärfe der Gegensätze und aufgewühlten Probleme übertraffen hat, so hat auch der durch ihn verursachte Konflikt in der zweiten sozialistischen Internationale so viel größere Massen erfasst und soviel schärfere Gegensätze auf die Tagesordnung gesetzt als der Konflikt von 1871/72 in der ersten sozialistischen Internationale.

Im letzten Grunde freilich liegt dem heutigen Streit auf dem Gebiet der Auffassung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse derselbe Gegensatz zugrunde, wie dem Streit von 1871/1872. Was damals Michael Bakunin Marx und dem Londoner Generalkongress der Internationale gegenüber verfocht, verfochten heute die Bolschewisten Lenin und Genossen denjenigen Sozialisten gegenüber, die in der sozialistischen Internationale die von Marx für diese aufgestellten Grundsätze auch weiterhin in Geltung erhalten wollen.

Marx hatte der Internationale den möglichst weiten Rahmen geben wollen, der mit der Anerkennung des Klassenkampfes der Arbeiter und der Verpflichtung auf diesen verträglich war. Anders Bakunin. Ihm, dem Angehörigen des despotisch regierten Rußland, das eine proletarische Klassenbewegung überhaupt noch nicht hatte, fehlte jenes Vertrauen in die sozialistischen selbsttätigen Erziehungssträfte des Klassenkampfes der Arbeiter, und was er damals in Italien und der französischen Schweiz, wo er sich vorzugsweise aufhielt, vor sich sah, war auch nicht geeignet, ihm etwas davon einzufloßen. So verlegte er sich umgekehrt darauf, eine Bewegung zu schaffen, welche die mangelnde innere Kraft durch ein möglichst radikales Programm ersetzte. Er gründete den Bund der sozialistischen Demokratie („Alliance de la démocratie socialiste“) mit dem Ziel, die radikalen Elemente der Internationale zu dem Zweck zusammenzufassen, dieser eine seinen Ideen entsprechende Haltung und Politik aufzudrängen. Das Jahr 1872 sah eine ähnliche Fahnenflucht aus der zum Londoner Generalkongress haltenden Internationale sich vollziehen, wie wir sie heute gegenüber der zweiten Internationale vor sich sehen.

Nachträglich haben viele jener Ueberläufer ihren Irrtum eingesehen und offen eingestanden.

Heute ist es nicht wesentlich anders als damals. Auch heute spielen Stimmungen eine viel größere Rolle als sachgemäße, den Streitfragen auf den Grund gehende Ueberlegungen. Wir wissen, ein wie verschwommenes Bild in dieser Hinsicht unsere Unabhängigen darbieten. Anderwärts steht es jedoch durchaus nicht wesentlich anders. Lieft man zum Beispiel das Protokoll der Osterkonferenz der britischen Independent Labour Party (I. L. P.), auf der mit 529 gegen 144 Stimmen die Lösung von der zweiten Internationale beschlossen wurde, so wird man bei denen, welche für die Lösung sprachen, die widerspruchsvollsten Meinungen vertreten finden.

In dem Augenblick, wo ich dies schreibe, liegen noch keine erschöpfenden Nachrichten über den Verlauf des Kongresses der Moskauer Internationale vor, wissen wir noch nicht, ob er zu einem Kompromiß der strengen Moskauer Richtung mit den Parteien des halben Weges geführt hat oder diesen letzteren von den ersten der Eintritt nur gegen die vorbehaltlose Unterschreibung des Moskauer Programms gestattet wird. Wie dem aber auch sei, so haben wir jedenfalls mit der Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens der Internationalen Konferenz zu rechnen, die von den französischen Sozialisten und den deutschen Unabhängigen in Aussicht genommen worden ist und schon die Zustimmung der Sozialisten verschiedener anderer Länder, darunter die britische I. L. P., erhalten hat. Auf ihr soll der Zusammenbruch aller wahrhaft revolutionären Sozialisten beraten werden.

Die Genfer Konferenz wird vorher zusammenzurufen. Wie soll sie sich im Hinblick auf sie verhalten? Ich bin der Ansicht, daß sie nichts Besseres tun kann, als das Festhalten an den

Grundsätzen ausprechen, die die zweite Internationale die ganzen Jahre ihres Bestehens über als die Leitgedanken ihres Kampfes auf ihre Fahne geschrieben und in die Praxis zu überführen gesucht hat. Das klingt konservativ, ist es aber nicht. Denn diese Leitgedanken schreiben keine ein für allemal und für alle Länder festgelegte Methode und Taktik des politischen Kampfes vor. Sie anerkennen, daß der Fortgang der Entwicklung neue Formen und Methoden des politischen Kampfes und der sozialistischen Arbeit möglich und notwendig macht und behalten den Parteien wie der Internationale selbst das Recht vor, für die praktische Anwendung der Leitgedanken diesen Veränderungen gemäß normale Bestimmungen zu treffen, welche sich als notwendig erwiesen haben, die Bewegung auf der Höhe der Entwicklung zu halten. Wenn Verstöße gegen den Geist der Leitgedanken und der bisher beschlossenen Normativbestimmungen vorgekommen sind, so beweist das nichts gegen deren Gültigkeit und die Notwendigkeit der sie aufrechterhaltenden Organisation.

In Genf werden Anklagen wegen solcher tatsächlich oder vermutlich begangenen Verstöße zur Sprache kommen. Ich zweifle nicht, daß sie in echt sozialistischem Geiste ihre Erledigung finden werden, daß scharf in der Sache, solange begangene Fehler festzustellen sind, unparteiisch im Urteil und zielbewußt in den Folgerungen für die Gesamtbewegung die Richtschnur der Konferenz bei ihrer Behandlung sein wird. So ist man in früheren Jahren verfahren, so soll es auch jetzt sein. Je mehr die Genfer Konferenz sich jetzt in der Hochhaltung der Grundsätze der alten Internationale, um so größere Dienste wird sie der Gesamtbewegung leisten.

Heute sind die Geister weithin in Verwirrung geraten, vielfach glaubt man mit neuen Formeln das Erreichte zu können, für dessen Nichterwirklichkeit man irrigerweise die alten Leitgedanken verantwortlich macht. Da gilt es zu zeigen, daß nicht an diesen es lag und liegt, wenn das Erstrebte noch nicht verwirklicht ist, daß sie ihre Wertkraft und ihren Wert als Wegweiser noch nicht eingebüßt haben. Genf hat zu zeigen, daß in diesen Tagen des Lastens und Suchens der Stamm noch da ist, der seinen Kampf nicht verloren hat.

Vor den Waffenstillstands-Verhandlungen.

Bisher ist der Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen noch nicht abgeschlossen worden. Nach einer russischen Meldung ist anzunehmen, daß der Abschluß erst in einigen Tagen vor sich gehen wird. Die Russen haben nach einem Moskauer Telegramm das polnische Oberkommando aufgefordert, am 30. Juli, abends 8 Uhr, auf der Straße von Brest-Litowsk nach Baranowice unter weißer Flagge seine Unterhändler für den Waffenstillstand den roten Vorhut entgegenzuführen.

Die Sowjetregierung hat England mitgeteilt, daß sie den polnischen Waffenstillstands-vorschlag angenommen habe. Rußland verlangt jedoch, daß sich der Führer der weißen Garde, General Wrangel, der in Südrußland gegen die Bolschewiki kämpft, zuvor ergibt. Die Sowjetregierung will ihm dann Amnestie gewähren. London als Ort der Friedenskonferenz wird von Rußland abgelehnt.

Die Antwortnote Curzons an Tschitscherin besagt: Die englische Regierung habe nicht die Absicht, auf ihrem Vermittlungs-vorschlag zu bestehen und habe die Konferenz in London nur vorgeschlagen, weil sie glaubte, daß dadurch Rußland in Beziehung zur Friedenskonferenz gebracht würde und der Weg für eine Verständigung zwischen Rußland und der übrigen Welt geebnet würde. Die polnische Regierung sei von den Alliierten aufgefordert worden, sofort Waffenstillstand und Friedensverhandlungen herbeizuführen. Sollten die Sowjets indessen trotz des Ersuchens der polnischen Regierung um einen Waffenstillstand ihr Vorrücken fortsetzen, so müßten die englische Regierung und die Alliierten notwendigerweise annehmen, daß die Sowjetregierung den Krieg gegen das polnische Volk wolle, und würden Polen Beistand und Unterstützung leisten.

Ueber die Stimmung in bolschewistischen Kreisen vor Annahme des Waffenstillstandsangebots berichtet eine bolschewistische Meldung vom 24. Juli folgendes: Trotz sagte in einer Rede, Polen werde binnen kurzem erobert, ein befestigter Buffer gegen Rußland zu sein. Es werde die rote Brücke für die soziale Revolution ganz Westeuropas werden. Dies sei auch der Grund, wodurch die Orient die Unterstützung Polens lieberhaft steigert und deshalb die Bolschewisten sich bemühen müßten, die Herrschaft der weißen Pans unabweislich und endgültig zu verstoßen, bevor Hilfstruppen antzuziehen könnten.

Ein polnischer Munitionszug angehalten.

Marburg a. d. Lahn. Hier traf am 25. Juli nachmittags, wie die „Hessische Landeszeitung“ meldet, aus Gießen kommend ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich Presseoffiziere mit Frau und Kind, sowie einige Wagen Gewehre und Munition. Auf dem Marburger Bahnhof fand sich auf die Kunde von dem Eintreffen des Zuges eine große

Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Wagen wurden ausgerufen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zerlegt. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung auf einer Station in der Nähe von Marburg.

Aus Berlin wird zu dem Vorfall gemeldet: Ähnliche Nachrichten bestätigen, daß ein augenscheinlich mit Kriegsmaterial nach Polen bestimmter Zug in Marburg angehalten worden ist. Es handelt sich offenbar um einen sogenannten Polonierzug, d. h. um einen der 155 Züge, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 zum Teil mit militärischen Gütern, zum Teil mit Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahndirektionen haben bereits vor dem Vorfall telegraphische Anweisung erhalten, derartige Züge nicht mehr anzunehmen. Doch scheint dieser Zug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein. Weitere Befehle werden ergehen, wenn nähere amtliche Feststellungen über den Inhalt des Zuges und über den Vorfall vorliegen.

Deutschlands äußere Politik.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hielt der deutsche Außenminister Dr. Simons eine Rede, die durch ihren verständigen Ton großes Aufsehen erregte.

Ueber den Friedensvertrag herrscht noch keine rechte Vorstellung im deutschen Volk. Wo man aufstrebend wirkt, werden die Gemüter erschüttert, niemand hat geglaubt, wie furchtbare Bedingungen wir unterworfen haben. Wir selbst wäre es lieber gewesen, in Versailles wäre nichts unterschrieben worden. Jetzt, wo es aber geschehen ist, hat es keinen Zweck, über den Schmachfrieden zu schreiben. Es heißt, die Zähne zusammenbeißen und durchhalten. Es gibt Wege, die über den Versailler Vertrag hinausweisen, wie die darin niedergelegten Grundsätze für internationale Handelsfragen, Verkehrsfragen und Arbeiterrecht. Wir müssen uns an diese Wege in die Zukunft halten, vielleicht wird es auch mal wertvoll sein, daß Deutschland zu größerer Sparsamkeit und geistiger Vertiefung gezwungen wird. Der Sieger von Spa ist der französische Ministerpräsident Millerand. Er hat sich als Vollstrecker des Rechtswillens hingestellt und ihm gewisse Maßnahmen zum Siege verholfen. Er hat sich die bisher fehlende Zustimmung der Alliierten zum Einmarsch in Deutschland geholt. Den Einmarsch wollen wir vermeiden, seine Folgen wären sehr schwer gewesen. Die Franzosen hätten die zwei Millionen Tonnen Kohlen, die wir ihnen bewilligen mußten, schon herausgeholt. Was wäre aber aus den anderen sieben Millionen Tonnen geworden, die wir dort fördern? Graf Starza, der italienische Delegierte, der sich gegen uns ebenso loyal wie gegen seine Alliierten verhielt, hat mir nachdrücklich erklärt, daß ohne unsere Unterschrift der Einmarsch ins Ruhrgebiet sicher erfolgt wäre.

Deutschland und Frankreich sind mehr als alle anderen Länder wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Diese Annäherung ist jedoch durch die Zwischenfälle in der letzten Zeit unangenehm betroffen worden. Der erste war die Flaggengeschichte vom 14. Juli. Die französische Post hat uns von ihrer Absicht, am Nationalfeiertag zu fliegen, vorher in Kenntnis gesetzt. Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände ist es uns nicht gelungen, eine Beschränkung der französischen Flagge zu vermeiden. Leider sind wir durch die Art, wie von der deutschen Truppe Genehmigung gegeben wurde, schwer geschädigt worden. Die Truppe hat in schlechter Kleidung und mit Mühen statt Heimen Ehrenbezeugung geleistet. Hier hat das Regiment verlangt, was sonst zu dieser Angelegenheit vorliegt, wird untersucht werden.

Gegen die französische Gesandtschaft in München habe ich bereits protestiert, trotzdem hat Herr Dard dem bayerischen Ministerpräsidenten überzumpelt. Bayern seinerseits wird keinen Gesandten nach Paris schicken. Eine Furcht vor der bayerischen Regierung wegen etwaiger Errichtung einer neuen Koloniallinie ist absolut unangebracht. Was die Verhaftung Dr. Dardens anbelangt, so habe ich für deren eigenmächtigen Handlung einzelner Regierungsstellen keine Verantwortung. Herr Darden ist bereits wieder unterwegs nach Wiesbaden. In der Kohlenfrage hat Lloyd George zu unseren Gunsten eingegriffen, er hat dabei weiter nicht an unseren Vorteil gedacht, aber er hat einen offenen Blick und ein gewisses Verständnis für die Not der Bergarbeiter und ich wünsche ihm, der jetzt erkrankt sein soll, daß er bald wieder hergestellt sein wird. Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einrichten. Mit Amerika befinden wir uns im Kriegszustand, ein Ende ist vor März nächsten Jahres nicht abzusehen. Dafür legen aber drüben humanitäre Bestrebungen ein, für die wir herzlich danken. Redner besprach sodann die äußeren Ergebnisse in Spa und behauptete, daß so vielfach der Haß der belgischen Bevölkerung zutage getreten sei. In Spa ergab sich allmählich an Stelle des bloßen Diktats die Möglichkeit von Verhandlungen, was namentlich bei der Abänderung der Sicherheitspolizei zutage trat. Bei der Entwaffnungstrafe blieb die Entscheidung unbenutzt, trotz der drohenden

Amnestie oder Rachejustiz?

Verwicklung im Osten. Wir wollen in dem russisch-polnischen Kampf neutral sein, doch der Versailles Vertrag macht uns das schwer. Wir sollen daher keine Transporte für die beiden Mächte durch unsere Gebiete hindurch und haben jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin unterlagt.

Es ist behauptet worden, unsere Neutralitätserklärung bedeute eine Anerkennung der russischen Sowjetregierung. Diese ist ja bereits seit dem Frieden von Brest-Litowsk anerkannt. (Sehr richtig! links.) Seit damals sind die Beziehungen zu Russland wechselseitig gewesen. Wir haben sie nach der Umwandlung des Staates in Moskau abgebrochen, weil die Sowjetregierung nicht Genugthuung für den Krieg gegeben hat. Durch den Versailles Friedensvertrag mußten wir aus alle mit Russland geschlossenen Verträge zurückziehen. Die Tatsache der Anerkennung der Sowjetregierung läßt sich dadurch aber nicht zurückführen. (Lebhafter Zustimmung bei der äußersten Linken.) Wir wollen die Sowjetregierung nicht als Partei unter den Völkern betrachten, weil uns ihre Regierungsmethoden nicht gefallen. Wir sind ja höchst überrascht als Partei behandelt worden, um uns einer anderen Regierung gegenüber ähnlich zu verhalten. In Russland hat sich eine Umlagerung der Mächte abgezeichnet. Man darf aber nicht vergessen, daß dort eine neue, aufstrebende Wirtschaft in Arbeit getrieben worden ist. Diese Umlagerung im Hause (starke Narbe rechts) Es ist dort eine Arbeit geleistet worden in der Überwindung des Chaos, die in keiner ganz besondere Beachtung verdient. Was dort erreicht wurde, ist jedoch ein historischer Schritt von einer Katastrophe, die unüberwindlich ist. (Wahrscheinlich große Narbe rechts.) Was hat der nicht erreicht? Wir ist es nicht gleichgültig, was Sie erwartet haben oder nicht. Sie sind nicht verpflichtet, hier auf Grund völlig offener Quellen die Wahrheit zu sagen. (Lauter Stimme hat die Meinung ausgesprochen, daß gegenwärtig eine große Verwirrung über die Zustände besteht, sich in die Richtung Sowjetlands zu wenden, um dadurch den Verpflichtungen des Versaillesvertrages zu entgehen. Das wollen wir nicht, wir wollen Deutschland mit dem Schicksal zwischen dem östlichen Bolschewismus und dem westlichen Imperialismus machen.)

Man hat uns nachgelagt, daß wir es beabsichtigen würden, wenn unter dem russischen Druck Polen von der Weichsel verdrängt würde. Diese Meinung werde ich entschieden zurück. Wir sind darauf angewiesen, mit dem ganzen polnischen Volk das eine so ausgezeichnete nationale Eigenart und Begeisterungsfähigkeit besitzt, als Nachbarn zu leben. Ich glaube allerdings, daß Polen eine trübe Zukunft haben wird, wenn es nach dem Zerfall der Entente Staatsmänner keine Aufgabe darin erblickt, eine Barriere zwischen Russland und Deutschland zu sein. Polens Zukunft wird entschieden besser sein, wenn es sich entschließen will, die Brücke zwischen Russland und Deutschland zu sein. Deshalb besorge ich es, wenn man unterzeichneten polnischen Behörden eine Politik der Schwäche ausgeübt wird, die uns zu Gegenmaßnahmen zwingt. Ich bin begeistert, was bei den Verhandlungen zwischen der Entente und Sowjetrußland herauskommt. Wird derselbe Fehler gemacht werden, den die Entente gegen Deutschland in Versailles beging? Dann wird der Frieden im Osten ein Kartenhaus bleiben. (Beifall.)

Der Minister kam dann auf die Internierung Bela Kuns zu sprechen. Nachdem das Außerwärtige Amt Kenntnis von der Unmöglichkeit Bela Kuns erhalten hatte, mußte es liberalerweise der Entente wie Ungarn gegenüber eingreifen und ihn und seine Kollegen freilassen. Solange die Festgenommenen sich bei uns befinden, wird ihnen nichts geschehen. Es ist klar, daß Bela Kun nur ein politischer Verbrecher ist, wird er dortin gebracht werden, wohin er wünscht; im anderen Falle wird er ausgeliefert. Der Minister beipflichtet die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, welche die dort angenommene Resolution und appelliert an das Haus, diese Forderungen zu unterstützen. Redner schließt mit einem Wunsch auf Genf, wo zwischen unseren Leistungsfähigkeit und den Bedürfnissen Frankreichs eine Mitte gezogen werden müsse und appelliert alsdann, der Regierung das gleiche Vertrauen mit auf den Weg zu geben, wie bei der Konferenz in Spa.

Deutschland.

Französische Munitionstransporte durch Deutschland.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird unter dem 24. aus dem besetzten Gebiet geschrieben: Die Franzosen bereiten seit etwa zehn Tagen eine Expedition nach Polen durch Deutschland vor und haben für die Beförderung zunächst der Ausrüstung, dann der Truppen zur Abholung der in Oberitalien stehenden Truppen in Marsch gesetzt werden. Ein Transport von 21 Waggons, der als Sonntagszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthalten in Wirklichkeit Munition und Maschinenwaffen. Ein zweiter ähnlicher Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Frankreich beschließt weit größere Transporte auszuführen und ihren Durchmarsch, wenn die politische Lage es erlaubt, auf diplomatischem Wege durchzulassen.

Das Maximum persönlicher Diktatur.

Die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ bezieht sich mit dem Verhältnis in Russland und sagt es — sehr im Gegensatz zu vielen ihrer radikalen Gesinnungsgenossen — an dem unerschütterlichen Genuß des Radikalismus, an denen, eine scharfe Kritik zu üben. Sie bemerken:

„Doch man, auch in Russland, ist die Abhängigkeit von der Hand für die politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten des übrigen Europas verliert.“

Der Autor vertritt an die englischen Arbeiter, so meint die unabhängige Welt sei eine große politische Abhängigkeit, die Sowjetrußland sich legt nach dem Willen der Entente-imperialisten gelassen haben muß. Gegen U. in selbst wird folgende schwere Vorwürfe erhoben:

„Wenn hat die Forderung mit der großen politischen Unabhängigkeit der Welt vertrieben.“

Darüber werden große Teile einer Rede zitiert, die Lenin auf dem letzten russischen Kongreß der Arbeitertransportarbeiter gehalten hat. Lenin sagte damals:

„Von den Kräfte, die in Rolle und Verfassungen lebhaft betreten erregten. In eine der wichtigsten die Frage nach der Unabhängigkeit oder der persönlichen Verwaltung. Erste ist an diese Frage, so möchte ich immer sagen.“

Die dritte Lesung der sozialdemokratischen Amnestieforderung beschloß gestern der Volkstag als Aufruf zu den heute beginnenden Verhandlungen über Danzigs neue Verfassung! Wie ein roter Faden durchzog die Verhandlungen die Frage, die wir als Ueberbrieff hierüber sehen mußten. Die sozialdemokratischen Redner, Genossen Dr. Bing und Dr. Jint, sprachen als Vertreter des Staubens an das Gute im Menschen und für die Veröhnung der Welt. Den bürgerlichen Rednern, vor allem den diese Richtung der Debatte führenden deutschnationalen, blieben selbst diese Gedankenwege unerkennbar! So beherrschten die Klassengegnenisse selbst dort, wo die Humanität und das Mitgefühl mit irrenden Volksgenossen das Wort führen sollte, die Intelligenz! Vor allem Genosse Dr. Bing brachte dies mit prächtiger Temperament, das den lebhaften Widerspruch der bürgerlichen Anstöße, zum Ausdruck. Selbst ein Mann, wie Rechtsanwalt Dr. Reum an der „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung“, der auf seine unparteiische Beurteilung gerade dieser Fragen stolz ist und sich praktisch häufig den sozialdemokratischen Forderungen näherte, glaubte einen Hauptpunkt zu tun, als er unsere Genossen gestern — fast wie ein Hypnotiseur — sagte, sie hätten doch selber von ihrem Antrage weniger Erfolg erwartet, als ihm schließlich geworden sei. Genosse Dr. Jint erwiderte ihm, daß die Sozialdemokratie kein Händlertum mit Menschenrechten und Mitgefühl kenne und hier wie stets nur ihre Pflicht erfülle. Der vor solchen sittlichen Idealen getragenen und klug geleiteten Vorgehen unserer Fraktion wurde schließlich auch ein bemerkenswerter Erfolg.

Über gelang es nicht, die Amnestierung auch für sämtliche schwebenden Verfahren durchzuführen. Der erneut gestellte sozialdemokratische Antrag wurde in namentlicher Abstimmung nur mit 54 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Doch wurde die Niederlegung politischer schwebender Verfahren nach einem Zentrumsantrage beschlossen! Unseren Genossen gelang noch als Erfolg eine weitere Ausdehnung der Amnestie, als sie jetzt allen zugute kommen soll, deren Urteil innerhalb von zwei Monaten — statt ursprünglich vier Wochen — nach dem Inkrafttreten rechtskräftig wird. Für Einbruchdiebstahl wurde die Amnestierung jedoch wieder gestrichen. Deutschnationale Anträge, die die Amnestierung nur bis sechs Monate oder 1500 Mt. Höchststrafe gestatten wollten, wurden unermülich abgelehnt. Als rechte Volksfeinde stellten sich auch die Deutschnationalen dadurch an den Pranger, daß sie in der Gesamtstimmung als einzige Partei gegen die Amnestie stimmten! Deutschnationale Volksgenossen sind es nämlich!

11. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 26. Juli 1920.

Zur Beratung stand die dritte Lesung der Amnestievorlage. Zu § 1 des Amnestieentwurfes lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, die Amnestie auch auf die schwebenden Verfahren auszudehnen. Das Zentrum beantragte demgegenüber, alle Untersuchungen wegen politischer Verbrechen niederzuschlagen. Der sozialdemokratische Antrag wurde begründet durch

Die Arbeiter haben noch nicht genug von der Bourgeoisie gelernt, die intelligentesten und reichsten Bourgeoisien sind die englische und amerikanische. Gibt sie uns nicht Beispiele für die Maximierung persönlicher Diktatur, einer maximalen Freiheit des Regierungsapparates unter voller Beibehaltung der Macht in den Händen der eigenen Klasse? ... Die Kollektivmacht soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment dagegen eine arbeiterfremde Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweist, daß uns immer noch ein klarer Klasseninstinkt abgeht. Wir haben aber keine Zeit, um erst zu lernen, müssen die Frage nach dem Kollektivregiment konkret stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß Sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat, und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Arbeitertransportarbeiter wissen, was Betriebsleitung ist, in einer großen Mehrheit begreifen werden, daß wir ernste Geschäfte machen müssen, die die Räte ausschalten und ohne sie wackeln.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ verurteilt diese Verherrlichung der persönlichen Diktatur auf das Schärfste und bezeichnet die Ausschaltung der Arbeiterräte als die erste Konsequenz der Leninischen Theorie. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat in ihrer Kritik recht. Es darf aber nicht übersehen werden, wie gerade sie die bolschewistische Heilslehre nachgehört hat. Wenn man bolschewistische Methoden zum Teil akzeptiert — wie es das Leipziger Aktionsprogramm der U. S. P. tut — dann ist es eben nicht zu ändern, daß man eines Tages sich mit der ganzen bolschewistischen Theorie abfinden muß, oder man bekennt sich doch noch in letzter Stunde, verachtet auf die bolschewistische Ideologie und bekennet sich zur Sozialdemokratie.

Ausland.

Frankeichs Schuld am Kriege.

In einem Leitartikel der „Ein Gedächtnis“ überliefert ist, weist die „Humanität“ auf eine Rede hin, die General Castelnou kürzlich in Saint Omer vor Offizierschülern gehalten hat. In dieser Rede sprach der General von der militärischen Generation vor dem Kriege und sagte, die Armee jener Tage sei von freudigstem Patriotismus erfüllt gewesen und habe mit stürmischer Leidenschaftlichkeit einen baldigen Kampf herbeigewünscht. Sie hätte sich dem Werte der Revanche geweiht, die der letzte und erhabenste Gedanke der vor fünfzig Jahren getöteten Väter und Brüder gewesen war. — Das sozialistische Blatt erwidert in diesen Worten einen erneuten Beweis dafür, daß die militärische Klasse in Frankreich mit vollem Bewußtsein auf den Krieg hingearbeitet habe. Es könne, so meint das Blatt, kein Zweifel mehr bestehen, daß die führenden Politiker sowohl Frankreichs als Deutschlands gleichermaßen am Ausbruch des Krieges schuldig seien, die Poincaré und Delcassé ebenso wie die Bismarck und Joffe.

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, haben wir nicht erst Gotha'schen Gehirnsgebrauch. Es ist aber gut, daß allmählich auch der „humanitäre“ die Binde von den Augen fällt.

Abg. Dr. Bing: Der parlamentarische Brauch, daß eine Angelegenheit erst in dritter Lesung zum Entschluß reif wird, hat seine innere Ursache in der Ansicht, daß die Urteilsfähigkeit eines jeden einzelnen Mitglieds dieser Versammlung immer wieder geschärft werden muß und geschärft werden kann. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, sich bei Ihrer Stellungnahme zu unsern Anträgen nicht von vorgefaßten Parteimeinungen leiten zu lassen. Unserm Amnestieantrag liegt nicht eine verschwommene Sentimentalität zugrunde, sondern, was uns bewegt, ist vielmehr das Gefühl der Trauer und des Ernstes. Wir müssen uns mehr vom gemeinschaftlichen Geist leiten lassen. Aber aber wie die Rechts des Hauses auf dem Standpunkt steht, daß die meisten Menschen nur Sklaven sind, die die Ketten des Schicksals, der trägt nicht dazu bei, diesen gemeinschaftlichen Geist zum Leben zu führen. Auch die Parteien der Mitte sollten ihr Bekenntnis zur Demokratie nicht nur als Fahnenstuck benutzen, sondern sollten sich endlich dazu entschließen, in dem Verstand der Menschen zu leben.

Zu § 2 beantragten die Deutschnationalen, daß die Höchstgrenze für die zu erlassenden Strafen auf 6 Monate und 1500 Mt. Geldstrafe ermäßigt würden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 4 beantragte die F. W. B. die Einführung eines Abzuges C, nach welchem Verbrechen gegen § 243 des R.-St.-G.-B. nicht unter die Amnestie fallen sollten.

Abg. Dr. Neumann (F. W. B.): Man wird meinen Parteifreunden nicht den Vorwurf machen können, daß wir uns bei Beratungen der Vorlage engherzig gezeigt haben. Es gibt jedoch für unsere endgültige Stellungnahme zu der Vorlage eine Grenze, über die wir nicht gehen können. Die Sozialdemokraten haben sicherlich nicht geglaubt, daß sie bei Beratung des Amnestieentwurfes den bürgerlichen Parteien sozial würden abhandeln können. Wir verlangen, daß die schweren Einbrecher, die jetzt die Öffentlichkeit so sehr unsicher machen, nicht der Gnade der Amnestie teilhaftig werden. Diese Leute haben es nicht verdient.

Abg. Dr. Jint (Soz.): Un: sehr geschätzter Kollege Neumann hat uns unterstellt, daß wir als Händler vor sie hingetreten wären mit einer Amnestie, von der wir selbst nicht geglaubt haben, daß sie so, wie wir sie Ihnen vorschlugen, angenommen werden könnte. In dieser Frage handeln wir nicht. Es gilt hierbei nicht nur das Menschengild vieler, und zwar nicht bloß der Bestraften, sondern auch ihrer Familienangehörigen. Das sind keine Fragen, wo wir meinen, daß man uns etwas abdividieren könne und wir darum recht hohe Vorschläge machen. Die schweren Einbrüche, mit denen Herr Dr. Neumann uns gruseln machen wollte, fallen sowieso nicht unter die Amnestie, da die Einbrecher entweder zu Zuchthausstrafe oder zu Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt werden. Von der bedingten Begnadigung, auf die Dr. Neumann hingewiesen hat, wird nur sehr selten Gebrauch gemacht. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so bitten wir die Milderung des Antrages Rurowski eintreten zu lassen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und ein Zentrumsantrag angenommen, nach welchem in leichteren Fällen auch Vergehen gegen § 243 amnestiert werden sollen. Die übrigen Paragraphen und das ganze Gesetz wurden darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Zerstörung der „Avanti“.

Mailand, 22. Juli. Infolge der Zerstörung der Druckerei des „Avanti“ haben alle Zeitungen in Rom dem sozialdemokratischen Organ ihre Druckereinrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Leitung des „Avanti“ hat das Anerbieten des Blattes „Epoca“ angenommen. Trotzdem konnte der „Avanti“ nicht erscheinen, da die Demonstranten die Zeitungsträger nicht herauskommen ließen. Die Demonstrationen nahmen einen äußerst heftigen Charakter an. In ihrem Verlauf wurden die beiden Deputierten Rognigliani und Delacesar verlegt. Rognigliani trug eine so schwere Kopfverletzung davon, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der „Corriere della Sera“ meldet, daß infolge der Nachrichten aus Rom in Turin heftige Demonstrationen stattgefunden haben. Verschiedene Offiziere wurden schwer mißhandelt.

Nach einer Meldung römischer Blätter hat der infolge der Vorgänge in Rom ausgerufenen Proteststreik keinen Erfolg gehabt.

Aus dem dunkelsten Rußland.

Als die englische sozialistische Delegation in Moskau weilte, veranstalteten die Moskauer Druckereiarbeiter ein Meeting, auf dem der bekannte Führer der sozialrevolutionären Partei Victor Tschernoff (Minister für Landwirtschaft im Sommer 1917 im Kabinett Kerensky) plötzlich auftauchte und eine ergreifende Anklagerede gegen das bolschewistische Regime hielt. Tschernoff, der von der bolschewistischen Polizei gesucht wird, gelang es, vom Meeting unbemerkt zu entkommen. Tags darauf wurden aber, wie jetzt das in Paris erscheinende Organ der Sozialrevolutionäre „Pour la Russie“ erzählt, seine Frau und seine beiden Töchter (8 und 11 Jahre alt) verhaftet. Die Sowjetregierung hatte von ihren Spion Nachrichten bekommen, daß Tschernoff von Zeit zu Zeit ein bestimmtes Theater besuche. Das ältere 11 Jahre alte Mädchen wurde nun aus dem Gefängnis ins Theater gebracht, und es wurde ihm befohlen, seinen Vater ausfindig zu machen. Das Kind weigerte sich und wurde ins Gefängnis zurückgebracht. Da diese unerhörte Brutalität in Moskau weit bekannt wurde, wandte sich die Frau des Volkskommissars Kameneff an die Gefängnisverwaltung mit dem Ersuchen, ihr die beiden Kinder auszuliefern, die sie dann unter eigener Verantwortung bei sich internieren wollte. Tschernoff, der davon erfuhr, schrieb an die Sowjetregierung, er finde das Sowjetgefängnis weniger entehrend für seine Kinder, als die Sowjetprotektion der Frau Kameneff; diese Protektion lehne er ab. Seine Frau und Kinder bleiben weiter im Gefängnis.

Von anderer Seite erzählt der „Vorwärts“, daß der bekannte menschenwärtige Führer Dahn, unter der Sowjetregierung ein häufiger Gast der Gefängnisse, nach Sibirie verbannt worden ist. Die Verbannung erfolgte unter dem Vorwand der ärztlichen Dienstpflicht — Dahn ist nämlich Arzt —, doch besteht in Moskau allgemein die Ueberzeugung, daß man einen lästigen politischen Gegner abschicken wollte und daß Dahn, hätte er nur vor der Sowjetregierung seinep Kotau gemacht, ruhig in Moskau hätte bleiben dürfen.

Danziger Nachrichten.

Arbeiterferien.

Im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes macht P. Pawlowitsch in einem der Beachtung wertigen Artikel auf die großen Mängel aufmerksam, die heute noch den Arbeiterferien anhaften. Pawlowitsch schreibt:

Die Arbeiterferien sind nicht mehr eine „Frage“, sondern sie sind bis zu einem gewissen Grade eine Tatsache geworden. Ueber die Notwendigkeit der Arbeiterferien soll hier nicht gesprochen werden. Ausdrücklich bemerkt sei jedoch, daß die Ferien nicht als eine Belohnung für „langjährige und treu geleistete Dienste“ betrachtet werden sollen. Die Ferien sind in der Hauptsache ein gesundheitsliches und vorbeugendes Mittel. Sie sind ebenso notwendig wie Speise und Trank, wie Nachtruhe und Erfrischung.

Ferien müssen in erster Reihe zeitlich so bemessen sein, daß eine gewisse und gewollte Wirkung eintritt. Zwei, drei, vier Tage Ferien können die gewünschte Wirkung, die Auffrischung der Geistes- und Körperkräfte, nicht bringen. Das Höchstmögliche in den Tarifen sieht vierzehn Tage vor. Vierzehn Tage aber müßten die niedrigste Grenze der Ferien darstellen, allermindestens aber das Normalmaß sein. Das Ungünstigste in den tarifierten Ferien liegt in ihrer Staffelung. Nach einem Jahre drei Tage, nach zwei Jahren vier, nach drei Jahren fünf und so fort. Das ist das Schema fast in allen Tarifen. Dieses Schema stellt aber die größte Ungerechtigkeit dar. Es erklärt die Ferien zu einer Belohnung und entleert sie ihrer hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung. Wiederherstellung und Schonung der Arbeitskräfte, umeres einzigen Besitztums zurzeit, das ist Volkswirtschaft im besten Sinne des Wortes, ist Menschenökonomie. Wie wirkt aber das gekennzeichnete Schema in der Praxis? Ein junger Arbeiter, welcher ständig in einer Arbeitsstelle war, erhält sechs bis acht Tage oder darüber Ferien. Ein Älterer, welcher, sei es durch seinen Beruf (Bau- oder Konjunkturarbeiter) gezwungen ist, häufiger den Arbeitgeber zu wechseln, erhält entweder keine Ferien, weil er nicht das ganze Jahr in dem gleichen Betriebe gearbeitet hat, oder bestenfalls die kürzeste Frist. Ein Betrieb wird eingestellt. Die Arbeiter, welche zehn bis zwanzig Jahre dort gearbeitet haben, fangen in der neuen Arbeitsstelle mit den Ferien von vorn wieder an. Dadurch wird Zweck und Wirkung der Ferien völlig ausgeglichen, zum mindesten stark herabgemindert.

Sollen Ferien ihren Zweck erfüllen, so dürfen sie nicht zu kurzfristig sein und auch jedem Arbeiter (selbstverständlich auch jeder Arbeiterin) zustehen. Das ist nach den heutigen Tarifen nicht der Fall.

Zur Einführung einer Danziger Währung.

Eine Entgegnung von F. Schütz.

Den Ausführungen in der „Volksstimme“ vom 24. Juli 20 über obiges Thema wird man nur teilweise zustimmen können. Der Verfasser jenes Artikels befindet sich noch im Panne Silvio Gesellscher Anschauungen. Gesell hat zwar in unterhaltlicher und anschaulicher Weise viele Ursachen der Mißstände im Wirtschaftsleben aufgedeckt; leider sind die zur Abhilfe angebotenen Maßnahmen aber nicht genügend durchgearbeitet. Dies im einzelnen zu begründen ist im Rahmen dieser Zeitung nicht möglich; manches wird indessen weiter unten schon berührt werden. Es kann nur jedem, der sich mit Währungsfragen beschäftigt, geraten werden, auch andere Schriftsteller zu lesen. Als eines der besten Werke über Währungsfragen wird „Geld und Güter“ gelten können. Es sei nun gestattet, auf einige Stellen des obigen Artikels einzugehen:

„In 8 Wochen können wir die Danziger Währung eingeführt haben.“

Nicht jeder Zeitpunkt ist gleich gut zur Einführung einer neuen Währung geeignet. Die städtischen Staatskassen vom 1. April bis zum 31. März. Die Gehälter, Mieten, Gebühren und Steuern sind in deutscher Reichswährung festgesetzt. Wird die neue Währung im Laufe eines Jahres eingeführt, so ergibt dies eine ungeheure Umrechnungsarbeit. Der zweckmäßigste Termin zur Einführung einer neuen Währung wird also stets der 1. April sein.

„Die Kontrakt der Danziger Markt muß gleichbleibend erhalten werden und das geschieht durch währungstechnische Regelung der Geldmenge.“

Hier liegt das A und O der Gesellschen Währung. Wer imstande, diese „Regelung“ so klarzulegen, daß sie bis ins einzelne durchführbar erscheint, hat die Lösung der Danziger Währung gefunden.

Die Gesellschen Ausführungen versagen hier leider, weil sie nicht durchführbar sind. Hiermit steht und fällt aber auch seine ganze Theorie.

Nach welchem Maßstabe soll bei zu großer Menge des umlaufenden Geldes von dem Einzelnen die Einstellung der überschüssigen Menge stattfinden? Wenn soll bei zu geringer Menge etwas gegeben werden? Wenn Teufelsand zu dieser Reihöhe greifen sollte, müßte es etwa 1/10 der umlaufenden Zahlungsmitteln einziehen. Wären aber damit in Deutschland auf die Dauer Friedenspreise zu halten?

Es ist zu bedauern, daß der Verfasser des Artikels vom 24. Juli die Danziger Währung auf den Irrweg Gesellscher Theorie stellen will. Sollen wir Vertrauen haben, daß die Währungsfrage einer guten Lösung zugewandt wird, so möge man uns so bald wie möglich die Durchführbarkeit der „Regelung der umlaufenden Geldmenge“ zeigen oder erklären, daß ein anderer Weg eingeschlagen werden soll.

Die ebenfalls erwähnte „internationale Währungskonferenz“ erscheint aussichtslos, obwohl sich sogar Dr. Polenske seinerzeit hier dafür eingesetzt hat.

Eine polnische Funkenstation

zur Aufnahme und Abendung drahtloser Telegramme ist seit mehreren Monaten in Neufahrwasser eingerichtet. Die dort zur Uebermittlung der aus Amerika für Polen kommenden Lebensmittellieferungen befindliche polnische Kommission hat das Haus des früheren Restaurants „Zu den sieben Provinzen“ gekauft und dort die Station gebaut. Dabei gilt in Danzig das Monopol der Postbehörde, welche auch für alle Einrichtungen, die der drahtlosen Nachrichtenübermittlung dienen. Die Polen haben aber die freistädtische Oberpostdirektion gar nicht gefragt und die Station, gerade so, als ob sie sich im eigenen Lande oder im schon eroberten Ostpreußen befänden, nach eigenem Belieben gebaut. Sie besteht demnach widerrechtlich und wir erwarten, daß die Danziger Gesetze auch gegen die polnisch sprechenden Danziger Bürger und gegen polnische Gäste genau so zur Anwendung kommen wie gegen unsere deutschen Mitbürger. Wir haben von polnischer Seite in der Stadtverordnetenversammlung und im Volkstage manche Klage über den Polen in Danzig angeblich zugelassenes Unrecht gehört. Dazu wollen wir zunächst sagen, daß auch die Behauptungen, daß polnisch sprechende Leute in Danzig angerepelt worden sind, tendenziöse Unwahrheiten sind. Zutreffend ist jedoch, daß es nicht wenige Leute gibt, die geradezu provozierend polnisch auftreten, bei der bekannten Sprache der polnischen Presse ist das ja auch nicht erstaunlich, und trotzdem in keiner Weise beklagt werden. Bedenkt man die polnischen Brutallieferungen gegen Dr. Wagner und andere Danziger, so sollte man diese Haltung der großen deutschen Mehrheit Danzigs auch von polnischer Seite anerkennen. Aber trotz allem Streben nach Rechtsgleichheit, das angeblich hinter solchen Beschwerden — und auch hinter den polnischen Schul-

forderungen! — steht, hat noch kein polnischer Stadtverordneter oder Volkstagsabgeordneter die widerrechtlich geschaffene polnische Funkenstation in Neufahrwasser gerügt! Das werden wir uns merken.

Es gibt nunmehr in Danzig, abgesehen von einer ähnlichen Einrichtung der Danziger Zeitung, drei Funkenstationen: 1. Die öffentlich amtliche Station unterer Postbehörde, 2. Eine Station haben sich die Engländer zu ihrem eigenen Gebrauch auf dem Pogelstraße errichtet und 3. die ungesetzlich widerrechtlich gebaute polnische Station in Neufahrwasser.

Die legale Aufklärung der Schuljugend.

Strinberg, der uns in seiner Prosa „Der Sohn einer Frau“ auch über das Empfindungsleben in seinem Pubertätsalter ein klares Bild gibt, beklagt sich bitter über die legale Aufklärung seiner Zeit, die durch „schlechte Bücher von mehrzweckigen Spezialisten und durch furchtliche und unwissende Eltern“ erfolgte. Wider befehlen in dieser Beziehung noch immer arge Mißstände, über deren Bekämpfung die zuständigen Stellen nicht ernst sind. Im neuesten Heft der „Martha“, Wochenchrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik (Frankfurt a. M.) unterzieht sich der bekannte Hygieniker, Universitätsprofessor Graßberger der schwierigen Aufgabe, Richtlinien für die legale Aufklärung der Schuljugend zu geben. In der heutigen Zeit, in der Dürftigkeit von „Aufklärungsbüchern“ und die fast vermehrte Produktion von erotischen Büchern die Sinnlichkeit der Jugend immer von neuem auflockern, sind Schule und Elternhaus mehr denn je zu einer taskollen, der Individualität und Konstitution des Einzelnen angepaßten Aufklärung verpflichtet. Das ganze Gebiet teilt Graßberger in vier Felder: Die Entwicklung der Keibestruktur und die Ordnung der Paarungskraft; die Krankheiten der Geschlechtsorgane, der Geschlechtsdrüsen und seine Verirrungen; die Geschlechtskrankheiten, Er verlang, daß die Aufklärung der Reife des Kindes angepaßt, sich in Stufen aufbaue und sich an die Vorgänge im Pflanzenreich und Tierleben eng anschließe.

Sitzung des Reichsantrats. Am Sonnabend fand in dem hiesigen Sitzungssaale eine Sitzung des Danziger Reichsantrats unter dem Vorsitz des Reichshauptmanns M. Dorek statt. Der für den Bezirk Danzig-Stadt neu gewählte Vertreter Stadtrat Dumont wurde eingeführt, der zweite Vertreter Danzig, Oberbürgermeister Sahm, hatte sich entschuldigt. Nach der vorgelegten Jahresrechnung für 1918 betrug der Sicherheitsfonds des Reichsantrats 873 838 M. Entlastung wurde erteilt. Nach dem Bericht über die Verwaltung und den Stand der Angelegenheiten des Reichsantrats für 1919 wurde die Gründung von Entwässerungsgenossenschaften weiter betrieben und Arbeiten in Angriff genommen oder weiter geführt. Zum Teil wurden die Gründungen dadurch behindert, daß sich die bisherigen Aufsichtsbehörden in der Ausführung befinden und Kreisverwaltungen noch nicht vorhanden sind. Die Ueberschneidungen haben große Schäden verursacht. Daraus wird die Lehre gezogen, die Gräben planmäßig auszubauen und große Schöpfwerke anzulegen. Ein Arbeitermangel herrscht nicht mehr. Gute Erfolge hat man mit dem Stücklohn erreicht. Arbeitsleistung und Verdienst waren bei dieser Entlohnungsart hoch.

Die Haushaltspläne für 1920 wurden festgestellt. Die Reichbeiträge sind auf 37 Prozent der beitragspflichtigen Werte bestimmt. Die Pachteinnahmen haben sich erhöht. Die Einnahmen und Ausgaben der Entwässerungskasse sind um mehr als 850 000 Mark gestiegen. Die untere Motzkanal wird bereits ausgebaut und vertieft. Jetzt soll auch die obere Motzkanal in Angriff genommen werden. Es wurde beschlossen, bei der Sparkasse des Kreis Danziger Niederung eine Anleihe von 500 000 Mark aufzunehmen und zwar zum Zinssatz von 4 1/2 Prozent, und Tilgung in 20 Jahren. Davon sind 200 000 Mark zur Beschaffung eines Kreisprekams und Kreisfest bestimmt. Ein Streifen Landes an den Hlern soll angekauft werden, um hier die ausgebagerte Erde zu lagern. Ferner soll der Boden- und Siegengraben erweitert werden, wofür 80 000 Mark

Renate.

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Da, wie ich so eine Weile fast in Gedanken fortgegangen, hörte ich plötzlich „Josias, Josias!“ wie aus der Luft zu mir herabgerufen. Und war es mein lieb Mütterlein die stand oberhalb des Kirchhofes auf der Höhe, darauf sie das Glockenhäusl gebaut, und hatte durch den Wind nach mir ausgehört. Da war ich klug an ihrer Seiten und hielt sie an meiner Brust und frag alsbald, wo unsere Geheimnisse ihr denn belagert sei; und da sie nur über den Weg hinüber auf ein freundlich Haus und Garten zeigte, hab ich die sein und handlich Frau auf meine Arme und trug sie den Berg hinab.

Und wiederum, aber solches Mal vom Hause her, rief es: „Josias, Josias!“ und unter herlichem Lachen: „Aber gehet man so mit seiner Mutter um!“ Das war mein lieber Vater; der war vor die Tür getreten und nahm sich nun die Mutter aus des Sohnes Armen; denn er war von denen, die wohl wissen, was ein Scherz bedeute, der aus reiner Herzensfreude quillt. Da aber mein Mütterlein nach ihrer lebhaftesten Art ihn drängte, über stabsähnlichen Sohn gleich ihr mit Worten zu bewundern, entgegnete er: „Schick!“ „Ja, ja, Mutter, ich sehe der Bruder studiosus ist gar wohl geraten; wollen sehen, ob der theologus darum nicht schlachter sei.“

Dann führten die Eltern mich in meine Kammer; die lag an wenig nach dem Wald hinaus, und hat feigiger mich dorten oftmals nach meinem Nachgebete sanft in Schlaf gerauschet. Zwar war der Fußboden nur mit Backsteinen ausgelegt, aber mein Mütterlein hatte eine Decke übergestreut, die solche von den Keinen Deuten hier aus den Fluchlinien angefertigt werden.

Eld stellte ich meine Bücher und die möglichen Kollegenhefte auf den großen Tisch und sah zu meines lieben Vaters Freude mit großem Gitz über meiner Arbeit. Meine Mutter aber strich mich dann wohl, kachte mich ins Freie hinauszutreiben. „Was sollten doch die Leute denken, so dir in deiner Mutter Obhut die freischen Mängel einflehen!“ Und eines Abends, da es eben neun von Glocken um geschlagen hatte, rief sie: „Da hast du noch Josias, und weißt doch, daß des Kirchendirektors Tochter Hochzeit hält! Da will es sich schiden, daß auch des Pastors Sohn mit der Braut ein Jungchen macht!“ Dann hab sie meinen Rod vom Nagel, bückete ihn überblick und steckte mir einen hochgehaltener in die

Taschen und ist vernahm ich auch von fern das Siebeln und Trompeten, und wahrte es nicht lang, so wir ich mitten in der Hochzeit.

Es sind aber nach alljährlicher Art die Häuser hier gebaut, also daß das Vieh, welches, wie bezumal im Sommer, auf den Koppeln oder Fenmen weidet, zur Winterzeit zu beiden Seiten der großen Diele seinen Stand hat, die Stuben für den Bauern und seine Leute aber, was sie „Dins“ benennen, der Dorfahrt gegenüber zu unterst an der Diele liegen.

Da ich nun von draußen aus der sommerlichen Abendstille eintrat, war mit ersten, als sehe ich in ein seltsam und ketzgerlich Schattenspiel; denn die Unschlitzlitzgen an den Ständern waren nur lange rote Sticker über die Köpfe derer, die hier sich durcheinanderdrängten oder zu Paaren ihrer Zweitritt tanzen und mit Judgen und Gestampf den Musikanten Hilfe geben. Und da der große Raum mit Säulen voll gefüllt war, so dauerte es eine Weile, ehe ich die Flitterkone der Braut daraus emportauschen sah; machte dann meine Reverenz und drehte mich, obchon in dem Gedrang eine eigene Pauerkunst dazu, hörte, ein Duzend Male mit selbiger Hindernis. Hiernach aber sekte ich mich zu einem Krämer aus der Stuhl, so von der Schulzeit mir bekannt u. c. aber zu dem und jenen von den älteren Hanten, die unter den Lampen der Musikanten oder drinnen in der Dins an ihrem Bierzug saßen.

Es mochte solcherweise die Zeit bis Mitternacht verfließen sein, da sah ich auf dem Treitt zur Oberstube eine Dirs stehen, abseits von den andern, als zeme ihr nicht, sich in den Hanten zu verlieren; und da ich ihr im Rücken näher trat, gewahrte ich, daß sie zwar in Bauerntocht gekleidet, ihr Köcklein aber aus schwarzem Seidentaffet und das Köckchen auf ihrem braunen Haar von rotem Sammet und gar reich mit Gold gestickt war. Mit dem, da ich die Musikanten auf einen neuen Tanz anhaben, war ein junger Knack zu ihr herangekommen; der ließ einen Judger aus und wußte ihr, daß sie mit ihm in die Reihe trete. Da sie wurde nur leicht im den Kopf, als sähe sie ihn kaum, und scharte sich nach vom ihrem Plage. Der Haupt der Reihe gar, war ein Mann mit einem Gluck auf den Boden; und dauerte es nicht lang, so sah ich ihn mit einer andern im Gedrang verschwinden.

Die glückliche Dirs aber stand noch an dem Tügerste; und hatte ich, da sie nach dem Kopf gerannt, habe ich, daß sie die Knackschon nicht gar lang vermisst, da, drang ihre brunnlichen Wangen waren noch wie von gartem Wirschnaum bedeckt. „Saget mir,“ frag ich ein altes Weib, so eben mit einem fahnen Bier an mir herüber, wozu ist die feine Dirs dort?“

„Die Jungfrau! Das ist die Renate vom Hof.“

„Vom Hof? Da worden vor dem Dorf?“

„Ja, ja, Herr! Oh, die ist stolz! Wollen immer das Bessers sein, die vom Hof; sind aber auch nur Bauern, und sel!“

„Und wer war?“ frag ich wieder, „der junge Knack, den sie leben fortgeschickte?“

„Hab es nicht gesehen, Herr; wird aber wohl nicht hoch genug gewesen sein.“

Nach solchem sah ich ger stöhlich auf meinen roten Rod und meine hohen Stiebel, zu mir selber sprechend: „Du bist der Knack!“ Ding also näher, und indem ich sanft mit der Hand an ihren Arm faßte, sprach ich: „Mit Verlaub, Jungfer, wir langen wohl einmal zusammen!“ Erhielt aber auf so glückliche Kunde von dem Keinen Ellenbogen einen Stoß, daß ich fast gelaumt wäre. „Was will der dumme Jung!“ rief sie; und als sie dabei das Köcklein an mir fehrte, da blickten ein Paar großer, dunkler Augen gar scharf auf mich hin.

Da ich dann entgegnete: „Das war nicht sein, Jungfer; aber ich hab dich wohl erschreckt“, geschah es mit einem Male, als Hefe es mir wie Schuppen von den Augen; der Engel von St. Jürgen stand hell da; er war es, und hatte mich gar eben kräftiglich gescheitelt! Da sie aber noch stumm mit offenem Mäulchen mir so sanft blickte, rief ich: „Ja, ja, Jungfer, guckt mir; ich bins und habe den Engel nicht verstanden!“

Bei solchen Worten lag ein Lebküchler Rot über ihr Gesicht; da ich nun aber dachte, sie zum Tanz freizugehen, trat ich herabzutreten, legten jämmlings die Musikanten ihre Geigen und Trompeten ab, und lief alles in großem Tumulte auf der Diele durcheinander; angesehen nunmehr die Ueberreichung der Hochzeitgaben vor sich gehen sollte. War auch bald eine Tafel hergerichtet; dahinter saßen Braut und Bräutigam, jeder von ihnen mit einer roten Schüssel vor sich. Da drängte alles sich heran und brachte, wie es Brauch ist, der eine einen Kronkranz, der andere ein solches Marzball, die fürnehmern auch wohl ein silbernes Gedächtniß; und in dessen Schüssel es gelegt wurde, der trau dem Braut aus dem Glase zu, so neben einer Flasche Metak, gleichfalls von ihrer jedem stand. Griff also auch in meine Taschen und hatte nicht große Mühe, das schöne Silberstück darin zu finden; doch waren meine Gedanken bei dem Dirnein, das ich selber nirgendwo erschauen mochte. So trat ich auf die Stufen, da sie zuvor gestanden; und siehe, mitten im Gedrange glitzerte das glühne Köcklein; gemahnte auch einen silbernen Suppenlöffel, je von einer Keinen Faust emporgehoben wurde. (Fortsetzung folgt.)

Massendemonstration gegen Steuerwucher und Lebensmittelnot

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die wirtschaftliche Vertretung der Danziger Arbeiterschaft, trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen. Eine von vornherein von Unstabilitäten gekennzeichnete Tagesordnung wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Den Rassenbericht über das 2. Quartal erstattete der Parteisekretär Alchowski. Ihm wurde Entlastung erteilt. Gewünscht wurde, daß über die Höhe des Baufonds bei jeder Abrechnung berichtet wird. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung, den Steuerfragen.

Es lagen dazu Vorschläge des Metallarbeiterverbandes und des Transportarbeiterverbandes vor. In letzterem wurde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß in vielen Fällen Arbeiter mehr Steuern zahlen sollen, als ihre Arbeitgeber. Die Verhandlungen hielten sich auf Adjung gebietender Höhe. Grobes Interesse erweckten die Ausführungen des Arbeitersekretärs Reel, der durch Zahlen die tiefen Unterschiede zwischen der deutschen Steuergebung und der in Danzig hervorhob. Rechner wies darauf hin, daß Danzig der einzige Staat ist, in dem das alte preussische Einkommensteuergesetz noch gilt, ein Gesetz, das in seiner ursprünglichen Form im Jahre 1852 von einem reaktionären Parlament beschlossen worden ist. Die von der Danziger Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Vergünstigungen sind in der Praxis so gut wie wirkungslos. Im Durchschnitt soll der Danziger Arbeiter dreimal so viel Steuern bezahlen, wie sein Kollege in Deutschland! Bei einem Einkommen von unter 10 000 Mark sind im Deutschen Reich für Ehepartner folgende Summen steuerfrei: 1800 Mark für den Veranlagten, 500 Mark für die Frau, und für jedes weitere Familienmitglied unter 16 Jahren 700 Mark. Bei 6 Kindern bleiben demnach 6200 Mark steuerfrei.

Der Jenfit kann also 6200 Mark verdienen, ohne Steuern zu zahlen. In Danzig muß er von einem solchen Einkommen aber 790,60 Mark an Steuern bezahlen! Ein Steuerpflichtiger mit 4500 Mark Einkommen zahlt, wenn er ledig ist, in Deutschland 330 Mark, in Danzig jedoch 696,80 Mk.; also 366,80 Mk. an Steuern mehr! Ist er verheiratet und hat ein Kind, so zahlt er in Deutschland 188 Mk., in Danzig aber 696,80 Mk., somit 508,80 Mk. mehr an Steuern. Hat derselbe Mann 3 Kinder, so zahlt er in Deutschland im Jahr 40 Mark Steuern, in Danzig soll er aber 488 Mk. zahlen, also 448 mehr. Diese aufreizend aufklärenden Zahlen sprachen für sich. Sie zeigten, wie sich die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in Danzig an der Arbeiterpartei verständigt hat. Das Preussische Einkommensteuergesetz ist durch Beschluß des Staatsrats für Danzig beibehalten worden, hauptsächlich auf Betreiben des Steuerbevollmächtigten Dr. Hellwig. Dieser habe auch bei den Steuerdebatten im Rathaus auf die Frage, warum man die Reichseinkommensteuer nicht auch in Danzig einführe, erklärt, auf Experimente wolle man sich nicht einlassen. Reel erklärte jedoch, daß bei gutem Willen wohl eine vernünftige Steuerreform möglich ist. Er verlangte, daß folgende Forderungen den Behörden vorgelegt werden:

1. Bei Einkommen unter 10 000 Mark bleiben 1500 Mark steuerfrei, 2. für jedes Kind unter 16 Jahren sind weitere 700 Mark abzugsfähig.

In der Aussprache erklärte man sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Es wurde gewünscht, daß auch das Fahrgeld zur Ar-

beitslosigkeitsabzugsfähig ist. Die Arbeiter stehen den ihnen zugehenden Steuerforderungen fastungslos gegenüber. Von der Versammlung des Gewerkschaftsbundes wurden entscheidende Maßnahmen verlangt. Bei Ablehnung unserer Forderungen sollte man in den Steuerstreik treten. Der Antrag, zur Durchführung der Forderungen zu einer wöchentlichen Demonstration aufzutreten, wurde nahezu einstimmig angenommen. Die Organisationsleistungen der Christlichen und Griechisch-Orthodoxen Gewerkschaften sollten davon in Kenntnis gesetzt werden. Es wurde ein Ausschuss von 7 Mitgliedern gewählt, der über die Einzelheiten der Demonstration beschließen soll. Dem Ausschuss gehören an: Did. Eisenberg, Fischer, Alchowski, Reel, Schmidt, Werner. Die Kommunisten Klingner und Sterle lehnten die Wahl ab. Interessant war auch besonders, daß von sämtlichen Rednern, auch von dem radikalsten, die Notwendigkeit der deutschen Steuerreform lobend anerkannt wurde. Man verlangte sogar allgemein deren Einführung. (Zur Volksstimmung!) Der Unabhängige Schmidt (Metallarbeiter) bestritt ausdrücklich irgendwas mit der Einberufung der Versammlung der „Vertrauensleute“ bei Schmidt und der dort gebildeten „Kommission“ zu tun zu haben! Alchowski (Metallarbeiter) erklärte, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die einzige Organisation sei, die in Zukunft alle wichtigen Arbeiterfragen zu erledigen habe. Ein Antrag, der verlangte, daß bei der Demonstration je ein Redner der drei politischen Parteien sprechen soll, wird abgelehnt mit dem Hinweis, daß wirtschaftliche Forderungen durchgebracht werden sollen und es sich um keine politische Aktion handeln. Die Kommission soll Forderungen stellen in bezug auf Steuerermäßigung und Lebensmittelpreise. Gen. Reel wies hierzu Vorschläge, die angenommen wurden. Die Versammlung war sich einig darin, daß unbedingt das Rot der Danziger Arbeiter geheftet werden muß. Die beschlossene Massendemonstration findet am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr statt. Alles Nähere soll durch Plakate und Luftkugeln bekannt gemacht werden. Es wird erwartet, daß alle Vertrauensleute auf dem Posten sind, um Ausschreitungen und Übergriffe zu verhindern.

Bei der Beratung über die Arbeitslosigkeit teilte der Vorsitzende Genosse Arzhancki mit, daß die Arbeitslosigkeit immer größer und die Beschaffung von Arbeit immer schwieriger wird.

Die Versammlung beschloß, zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter Sammellisten herauszugeben.

Gegen 10 Uhr verlagte sich die Versammlung. —

Unsere Gewissen dürfen wir nicht besonders daran mahnen, daß diese Demonstration in der kraftbewussten Ruhe und Ordnung verlaufen muß, die der Kulturbewegung der Arbeiter allein würdig ist und vor dem Auge des Volkes der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gesehen ist. Für Sonderbestrebungen anderer Art ist gelegentlich dieser Demonstration kein Platz! Für die sozialdemokratischen Arbeiter Danzigs gilt noch immer der Kulturruf des Sozialismus: Nicht mit dem Maßstab der Barbaren!

verbände (einer gelben Vereinigung der Fleischhändler, die schließt Red. „Vollst.“) und nicht mit dem Zentralverband abschließen.

Hierzu können wir wohl sagen, daß Herr Volkman ein nicht ungenügender Mann, sonst aber genau so richtig ist, wie es unter Bericht behauptet. Daß er deshalb, harnischter ist als weniger bereitliche seiner Berufsgenossen, können wir nicht einsehen. Gerade er sollte begreifen können, daß die Ablehnung der gewerkschaftlichen Organisation heute nicht mehr möglich ist und mehr als andere die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter ernehmend muß.

Brennau und die Stubbenrodung.

Noch nie haben Unabhängige und Sozialisten etwas anderes als die Kuckucksbildung der Arbeiter begangen. Praktisch haben sie die Arbeiterpartei gar nicht, und wenn sie es wollten, könnten sie es gar nicht. Deshalb mündeten wir uns auch nicht über den hinterhältigen Angriff, den das unabhängige „Freie Volk“ am Freitag als „Eingeländ“ der „Brennauer Arbeiter“ gegen die „Gemeinnützige Arbeits- und Kreditgenossenschaft“ und speziell unsere Chefs Genossen R. A. V. richtete. Die Vorwürfe des angeblichen „Eingeländ“ sind so unbestimmt, daß wir dem Genossen Post sehr dankbar dafür sind, daß er in seiner hier folgenden Erklärung der Lage die Schelle umgehängt hat. Gen. Post schreibt: In Nr. 148 vom 22. Juli des „Freien Volk“ finde ich ein Eingeländ der Brennauer Arbeiter.

Der Leiter der Brennauer Arbeitsgruppe bei dem Stubbenrodern, Herr Carl Opij, hätte wenigstens so viel Ehrgefühl haben müssen, um seine Parteipresse von Unwahrheiten freizuhalten.

Ich stelle hiermit die Wahrheit fest:

Herr Opij behauptet, daß die „Gemeinnützige Arbeits- und Kreditgenossenschaft“ einen Meter zerlegtes Stubbenholz mit 100 Mark verkauft und behauptet, daß sie 100 Prozent dabei verdient. Wahr ist, daß Herr Opij für einen Raummeter ein Stück Sprengmaterial 60 Mark erhalten hat. Die Genossenschaft trägt die Frachtkosten nur bis Langfuhr mit 15 Mark, die Grundgebühr an die Forstverwaltung mit 5 Mark, die Auf- und Verladekosten mit 10 Mark und für die Kuffahrt mit 1 Mark pro Meter. Ganz abgesehen von noch vielen kleinen Unkosten überlasse ich es der Öffentlichkeit, hierbei 100 Pro. Verdienst auszurechnen.

Es lag wohl Herrn Opij nur daran, auf eine billige Weise seine eigenen politischen Stubbenholzhandel zu schenken?

Unwahr ist, daß die „Gemeinnützige Arbeits- und Kreditgenossenschaft“ die Brennauer Arbeiter auf die Straße gesetzt hat. Wahr ist, daß ich in meiner Gruppe 55 Brennauer Arbeiter heute noch beschäftigt. Es kommt noch hinzu, daß noch am Ortsteil in Danzig 10 Mann dort arbeiten. Wenn Herr Opij in seinem „Eingeländ“ seine Parteigenossen zu Hilfe ruft, so hat er wenig Recht dazu. Herr C. hätte vorher darauf halten sollen, die achtstündige Arbeitszeit — worauf ich immer hingewiesen habe — einzuhalten. Wenn man aber den Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang arbeiten läßt, und was noch viel verwerflicher ist, Arbeiter aus Fremdstädten beschäftigt, soll man seinen Parteigenossen nichts vormachen.

Aber Achtstundenarbeit und Gewerkschaftsorganisation waren für Herrn Opij ganz gewöhnlich. Wenn es solange bei Ihrer Gruppe ganz — gut ging, so glaube ich es gern. Man muß bloß dabei nicht aus dem Sattel purzeln und wenn das eintritt, was ja bereits Tatsache ist, dann rebellieren Sie Herr Opij nur so schnell wie möglich, damit es recht bald besser geht!!!

Sie können aber beruhigt sein, Herr Opij, meine Arbeitskollegen bei der Genossenschaft, die Ihre Parteigenossen sind, werden Ihr Eingeländ eingehend prüfen. Im Übrigen will ich meiner schweigenden, denn damit ist der Arbeiterbewegung am besten gedient.

Abholung der Zuckerkarten.

Die Zuckerkleinhandler haben die in dieser Woche zur Ausgabe gelangenden Zuckerkarten am Mittwoch, den 23. Juli, in der Zeit von 7—2 Uhr, vor der Rahrungskartenstelle, Pfefferstadt 33.35, abholen zu lassen.

Schweres Segelboot. Ungeleglich geht es vorwärts bei dem starken Westwind ein kleines Segelboot. Das Boot wollte von Neufahrwasser nach Danzig aufbrechen. Es kam vor dem Dampferhafen des Hafenbauamtes. Die Insassen, Ernst Baranowski, Kriegsbefehlshaber mit einem künstlichen Bein, Karl Baranowski und Ulrich Koll, sämtlich aus Danzig, fielen ins Wasser. Da alle drei gute Schwimmer waren, konnten sie das Ufer erreichen. Als der Unfall von den Neufahrwasserer Seite bemerkt wurde, fuhren sofort zwei Boote zur Hilfe her und nach dem gegenüberliegenden Ufer. Das Boot, das mit Aufblasen berufen war, wurde auf Land gezogen und wieder festgemacht. Bei dem Unfall ist eine Bedarfsliste mit einem photographischen Apparat verloren gegangen.

Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen. Im Ostertor traf sich gestern Morgen gegen 9 Uhr ein Kohlenfuhrwerk mit einem Wagen der Elektrischen Straßenbahn zusammen. Von dem Straßenbahnwagen wurden einige Fenstercherben zertrümmert. Ein Pferd des Kohlenfuhrwerks, das unter den Straßenbahnwagen zu liegen kam, erlitt geringe Verletzungen.

behalten, und so entstand der Kreuzer. Solche mit Kreuzen versehene Kupferstücke findet man noch in Münzsammlungen. Der Name Pfennig stammt her von dem althochdeutschen pfantine (Pfand); Münzen dieses Namens kommen zur Zeit Otto I. (963—973) vor. Ursprünglich waren es Silbermünzen, die aber später auch in Kupfer geschlagen wurden, so um 1300 in der schwäbischen Stadt Hall, weshalb diese Münzen den Namen Haller erhielten, woraus sich die Schreibweise Heller bildete. Unter Otto I. wurden auch Schillinge geprägt, was die deutsche Bezeichnung für Mecklen (Schilling) ist und vom Schilling (Schilling) herkommt. Um das Jahr 1300 kamen auch die Pfennige vor, und da man im Mittelalter die Münzen hatte, alles zu lateinisieren, so nannte man sie Grossus, woraus Groschen entstand. Auch der Name Mark stammt wahrscheinlich aus dem Lateinischen, nämlich von Marcus (großer Hammer). Die Mark war die älteste deutsche Reichsmünze, ursprünglich ein Münzgewicht von 22, später (1042) von 16 Lot, wobei zur Verhütung weiterer Wertverminderung ein Zeichen (Mark, also von Marcus, Hammer, ein heiliges, altheiliges Zeichen) darauf angebracht wurde. Der Kaiser eine Abkürzung von Joachimstaler; er war ursprünglich eine Silbermünze im Werte von 72 Kreuzern.

Ein sozialdemokratischer Ehrenbote.

Anlässlich der 800-Jahrfeier der Stadt Freiburg i. Br. hat die sozialdemokratische Fakultät der Freiburger Universität den sozialdemokratischen Stadtrat und Reichstagsabgeordneten Engel zum Ehrenboten ernannt. Engel hat mit die Volkshaus besucht und dürfte als Volksschüler der erste Sozialdemokrat Deutschlands sein.

Danziger Nachrichten.

Dr. Wagner in Thorn?

Das Schicksal des nun schon seit Mitte März in der Gewalt der polnischen Machthaber schmachtenden Danziger Staatsbürgers Dr. Wagner ist noch immer in Dunkel gehüllt. Auch die Verhandlungen des Danziger Volkstages haben daran nichts geändert. Ein polnischer Abgeordneter wollte zwar in jener Debatte wissen, daß Dr. Wagner sich in Warschau befindet und vor ein dortiges Kriegsgericht gestellt werden würde. Auf die Frage, ob Dr. W. überhaupt noch lebe, gab der argenscheinlich sehr gut informierte Kenner der Warschauer Verhältnisse jedoch keine eindeutige Antwort. Nun kommt wieder eine überraschend neue Meldung über Dr. Wagners Aufenthalt.

Wie die hiesige „Brücke“ erfährt, befindet sich Dr. Wagner seit dem 22. Juli in Thorn und hat endlich auch mit seiner Familie in Verbindung treten können. Demnach scheint es, als ob der Fall Dr. Wagner nun endlich zum Abschluß gelangen soll und diejenigen recht behalten, die behaupten, daß die Polen Dr. Wagner nur während der Zeit der Abmahnung für sich unschädlich machen wollten. Herr Dr. Wagner befindet sich in einem durch den langen Aufenthalt in der Warschauer Zitadelle außerordentlich geschwächten Zustand, und es wäre zu wünschen, daß seine Leiden endlich enden.

Wir sind durch die früheren Vorkommnisse zum Falle Wagner so misstrauisch geworden, daß wir eine für die günstigste Entwicklung auch in dieser Richtung nicht erblicken können. Jedenfalls müssen alle Bemühungen, ihn der polnischen Wälder zu entziehen und ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten, ohne Unterbrechung fortgeführt werden.

Neue Preise für Schlachtvieh.

Die Notierungskommission des Wirtschaftsamtes hat folgende Schlachtviehpreise am 28. Juli 1920 festgelegt:

1. Schweine: 1. Qualität 650 Mk. je Str. Lebendgewicht
2. " 600 " " " "
3. " 450 " " " "
2. Männl. Küder unter 14 Tagen:
1. Qualität 350 Mk. je Str. Lebendgewicht
2. " 250 " " " "
3. " 200 " " " "
3. Schafe:
1. " 400 " " " "
2. " 350 " " " "
3. " 250 " " " "

Zur Lohnbewegung der Fleischer

teilt uns Herr Fleischermeister und Volkstagsabgeordneter Hellmann zu unserem Artikel vom Freitag mit, daß er keineswegs der Träger des Widerstandes gegen die Beschlüsse der Kommission sei. Wohl sei er im Januarvorstande als Schriftführer nicht einflußlos. Er stehe jedoch durchaus nicht etwa auf dem Standpunkt, daß Löhne abzusinken seien. Er habe bisher schon jeder zweckmäßigen Maßnahme, die im Interesse der Besetzten stehe, zugestimmt und sei dafür so eingetreten, daß er widerstrebende Absichten in der Jaanung überwinden konnte. So stehe er auch den jetzigen Tariffragen objektiv und ohne Vorurteil gegenüber. Doch wolle er einen Tarif mit dem Besellen-

lichen Behandlung möchte diese allgemein etwas abfallende Figur zu einer wertvollen S. Walter Bräuer gestaltete den Gesangsdirigenten Köplich naturwüchsig. Charlotte Brod gab dem ehrwürdigen Künstler einen sehr guten aber nicht sonderlich prägnanten Form. Der Gesangsdirigenten Frosch wurde von R. A. Dolph Rucha zwar nicht verstanden. Er hätte ihn aber etwas mehr zu zwingen müssen, um seine derbere Kunst voll zur Geltung zu bringen. Sonst hätte hier noch mancher Name werden müssen. Wir müssen jedoch mit dem allgemeinen anerkannten Urteil schließen, daß auch die weniger umfangreichen Rollen durchweg sehr gut besetzt waren. Das „Neue Operetten-Theater“ hat mit dieser Gestaltung der „Hedermans“ eine ehrenvolle Probe seines Könnens abgelegt. Das gilt nicht zuletzt für Kapellmeister Dr. Siegfried Szabo und seine Musiker.

Das Abendspiel besetzte ganz artig auch nicht mit Beifall und Hervorrufen. Umfangreiche Blumenparaden zeichnen vornehmlich die Dama der Hauptrollen aus. In Kapellmeister Dr. Szabos auch durch Vorstellungen solcher Güte noch erheblich gewonnen.

Woher stammen die Namen unserer Münzen?

Die älteste deutsche Münze ist der Kreuzer. Das Prägen der Münzen lernten die Deutschen von Missionaren aus dem Byzantinischen Reich. Da man in diesem Reich den Kreuzer als Kommandos des Großen Seides den Kreuz auf Münzen geprägt hatte, so wurde dies in Deutschland

Kunst und Wissen.

Neues Operetten-Theater.

„Die Hedermans“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Dieses melodische, klassische Werk des Singspiels läßt sich immer keine Zugkraft aus. Bei der — wir sagen es schon jetzt — ausgezeichneten Wiedergabe unserer neuen Operettenbühne ist das noch weniger ein Wunder, als es bei der Schöpfung des bekannten Holzkomponisten ohnehin der Fall ist. Name und Bild des Inhabers des Werkes, das eine amüsante Mischung mit fidelem Gesangslied und anderen famosen Ergänzungen erzählt. Wir haben schon lange keine so gute Aufführung der „Hedermans“ gesehen als diese Neuinszenierung des „Neuen Operetten-Theaters“. S. Walter Bräuer führte die Spielleitung meisterlich. Kamentlich die Ballbesen des zweiten Aktes hat er vorbildlich geschaffen. Die Darsteller fügten sich fast durchweg in ausgezeichnete Gestaltung ihrer Rollen in dieser Rahmen. Unter solchen Umständen stellt das kritische Amt sehr schwierige Aufgaben. Kriska Braddly war als das bis zur Selbstanne wandlungsfähige Stubbenrodern Adele charakter. Die Rolle von Heddy Polzer kam dieser sehr guten Leistung außerordentlich nahe. Die verdammt köstliche fand in Helene Schütz auch gelanglich eine ebenso vorzüglich ausführende wie gewandte spielerische Vertreterin. Spezialist des forderl Carla Dill für ihre geradezu neu modellierte „Männlichkeit“ des Ringen Orloff. Kommissar ...

Kartoffelnot und Munitionslieferung.

Die Weigerung der Danziger Hafenarbeiter zur Entlastung des polnischen Munitionsdampfers „Liton“ hat nach dem Willen des polnischen „Dziennik Odonst“ die polnischen Arbeiter in Pommerellen überall zu Gegenaktionen veranlaßt. Sie verweigern die Verladung der vertragsmäßig von Polen an Danzig zu liefernden Kartoffellieferungen!

Auch das Wirtschaftsamt schreibt uns hierzu: „Dem Wirtschaftsamt waren bereits für Sonnabend vergangene Woche regelmäßige Anlieferungen von Kartoffeln aus Polen angekündigt. Diese Anlieferungen sind ausgeblieben, da die polnischen Arbeiter die Kartoffeln nach Danzig nicht verladen wollen, solange die Danziger Arbeiter die nach Polen zu liefernde Munition nicht verladen. Die Folge davon ist, daß gegenwärtig in Danzig ein großer Mangel an Kartoffeln besteht.“

Die politische Presse Danzigs heßt auch schon zum bewaffneten polnischen Eindringen in Danzig. So schreit z. B. der auf diesem Gebiet bekannte „Dziennik Odonst“ das Feuer so:

„Wir sehen, welche Schwierigkeiten Polen in letztem Augenblicke haben hat, wo die deutschen Arbeiter entscheiden, was nach Polen geschafft werden soll. Diese traurigen Verhältnisse müssen die polnischen Politiker in Betracht ziehen und bewaffneten polnischen Schuß zur Sicherung der Abfuhr der eigenen Waren fordern. Die junge Freistadt Danzig macht Polen hinsichtlich seiner eigenen Waren viel Nummer. Eine polnische Bejahung ist unbedingt zur Sicherung der Munitions- und Waffentransporte notwendig, will Polen nicht in Zukunft unermesslichen Schaden erleiden.“

Das zentralistische „Danziger Volksblatt“, das dem Christlichen Transportarbeiterverbande nahesteht, bleibt dabei, daß die Hafenarbeiter bestimmte Bedingungen für die Entlastung des Munitionsdampfers gestellt haben. Vor allem wurde die Forderung des freien Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter aufgestellt, d. h. in unterem angewandten Falle die Volksabstimmung in Pommerellen, Freigabe des Korridors sowie Entlassung Dr. Wagners und aller festgenommenen Danziger und deutschen Staatsangehörigen aus der polnischen Haft.

Von der Erfüllung dieser völkerrechtlich selbstverständlichen und durch den Versailles Vertrag tausendmal gerechtfertigten Forderungen weiß der schamlosartig beherrschende „Dziennik Odonst“ nichts zu sagen. Er weiß nur die Aushungerung Danzigs und seine Niederzwingung durch Waffengewalt zu unterstützen!

Die polnischen Behörden sollten die Dinge aber nicht auf die Spitze treiben. Bei der Weigerung der Hafenarbeiter handelt es sich keineswegs um die Verletzung irgendeines polnischen Vertragsrechtes. Nichts liegt den Hafenarbeitern fern, sie wollen nur keine die Neutralität verletzende Kriegshandlung begehen. Es ist daher eine an den Haaren herbeigelegene Wahrheitswidrigkeit, wenn die Aushungerung Danzigs mit der Ausrede von der Vertragsverletzung zu bemängeln gesucht wird. Die Stimmung für Polen wird durch diese Hungerkuren in Danzig sicher nicht verbessert werden.

Schichtpreise und Düten. Es wird vom Magistrat darauf hingewiesen, daß die Händler nicht berechtigt sind, mit Ausnahme beim Verkauf von Zucker, besonders Kleinhandelsaufschläge für die Abgabe von Verpackungsmaterial zu nehmen bei solchen Waren, für die Schichtpreise festgelegt sind. Der Aufschlag gilt für die Waren mit Düten. Das Fehlen eines besonderen Aufschlages für Düten bedeutet daher eine unerlaubte Schichtpreisüberschreitung!

Ein lebensmüder Greis. Sonntag nachmittag wurde die Leiche des 78 Jahre alten Anton Pohle im Hafenkanal gegenüber der Wartehalle Cadix aufgefunden. Pohle kam aus Thorn und hat sich in letzter Zeit in Danzig aufgehalten. Am Mittwoch abend voriger Woche ließ sich Pohle mit der Bahnstufbahn nach der Arbeiterplatz überfahren und machte beim Aussteigen aus dem Wagon zu dem Fahrmanne die Bemerkung: „Am besten wäre es wenn Sie mich ins Wasser fallen ließen, dann wäre ich weg.“ Dann hielt er sich einige Zeit am Meer bei der Mühle auf und ging zum dritten Landungsplatz. Der Fahrmanne bemerkte noch wie er sich an der Böschung an einer Pollast-Einwechsellampe hängte. Nach einer Weile schied der Fahrpächter nachhause, seine Tochter nach, um zu sehen, ob der alte Herr noch dort wäre. Sie fand aber nur noch seinen Hut und den Stock. Pohle ist dann wahrscheinlich aus Lebensüberdruß ins Wasser gegangen.

Auf dem Kummelplatz erschossen. Auf dem Kummelplatz am Farrenwall kam es gestern abend zu einer Schlägerei. Wöglich erhielt der 22-jährige Karl Weis aus der Steingasse 115 einen Messerschlag in die linke Bauchgegend. Er wurde bewußtlos auf die Feuerwache gebracht und von dort ins Krankenhaus. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Täter ist bisher noch nicht ermittelt.

Vertikale Parteinachrichten.

4. Bezirk (Schilly). Morgen Mittwoch, den 26. Juli, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Restaurants „Erenpahn“ Kortländer Straße: Bezirksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Thema: „Die Arbeiten des Volkstages“.

3. Bezirk (Langfuhr). Umständehalber findet die Bezirksversammlung nicht heute, sondern erst morgen, Mittwoch, den 26. Juli, abends 7 Uhr, bei Arstin, Brunnhöferring 36 statt. Referent: Gen. Raeder. Thema: „Können wir schon sozialisieren?“ Der Bezirksleiter.

Arbeiter-Jugend Kreisläufer. Am Mittwoch den 25. Juli, findet im Restaurant „Aus Hoffnung“ Albrechtstraße 17, ein fröhlicher Kreisabend statt.

Polizeibericht vom 27. Juli 1920. Verhaftet 9 Personen, darunter 1 wegen Verdachts des Diebstahls 1 wegen Diebstahls und Auswechslung 1 wegen Entführung eines Mädchens 2 in Untersuchung. — Gefunden: 1 Eintrittskarte für Johann Strauß, 1 Karte für Frau G. Schramm, 1 Taschentuch, 1 schwarze Perlenkette, 1 Federkissen mit Inhalt, abgeholt aus dem Wandbureau des Polizeipräsidenten, 1 silberne Korbhanduhr, abgeholt vom Weichenheller Herrn Sulzgrüß, Albrechtstraße 10 b, 1 goldenes Rebaillon mit

2 Photographien und 3 blauen Steinen, abgeholt von Frau Helena Zepf, Brunnhöferring Weg 40, 8 Lt. 1 goldener Ring mit rotem Stein, abgeholt aus dem Geschäft von Thomas, Kohlenmarkt 17. — Zugelaufen: 1 langhaarige Hündin, abgeholt von Herrn Anton Czacki, Genzude, Tammstraße 33; 1 junger Hund, Dobermann, abgeholt von Herrn Arthur Böttcher, Kirchauer Weg 12.

Todesfälle: Frau Martha Weiß geb. Gehlau, 30 J., 4 M. — Kriegswaldrade Eduard Carnowski, 35 J., 6 M. — Arbeiter August Pusch, 39 J., 8 M. — Witwe Auguste Lürkenstein geb. Schwarz, 64 J., 4 M. — Arbeiterin Olga Rau, 51 J., 6 M. — Frau Auguste Pilsner geb. Gröning, 39 J., 11 M. — T. d. Arbeiters Albert Bogdanski, todtgeb. — T. d. Schmieds Adolf Schmidt, todtgeb. — Frau Auguste Schilka geb. Behr, 33 J., 3 M. — S. d. Arbeiters Viktor Wische 3 Monate. — Hospitantin Maria Anabel, 69 J., 4 M. — S. d. Pollastführers Otto Pap, 1 Tag. — Hilfsarbeiter Erich Neubert, 20 J., 9 M. — S. d. Fensterputzers Paul Urban, 5 Lt. — S. d. Holzbearbeiters Anton Wiebe, 5 Tage. — Arbeiter Otto Sieslaw, 18 J., 5 M. — Schlosser Karl Weis, 20 J., 7 M. — Gutbesitzer, Oekonomierat Paul Frott, 61 J., 1 M. — Juwelier Joseph Wafener, 73 J., 10 M. — Unheilich: 1 S.

Wasserstandsberichte am 27. Juli 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Zornhöft	+1,21	+1,11	Kurzbrack	+0,67 +0,61
Wachau	+1,0	+1,13	Montauespitz	+0,35 +0,27
Schönau	—	—	Piecki	+0,14 +0,05
Walgenberg	—	—	Dirschau	+0,32 +0,19
Neuhofenbühl	—	—	Einlage	+2,10 +2,44
Thorn	+0,32	+0,30	Schleimhorst	+2,38 +2,64
Jordon	+0,24	+0,22	Waldsdorf	+0,28 +0,10
Culm	+0,16	+0,08	Anwachs	+ — + —
Brandenburg	+0,28	+0,28		

Aus aller Welt.

Beitrag mit gefälschten Warenhaus-Sammelkarten.

Mit einem neuen Trick arbeiteten zwei Betrüger in einem Berliner Warenhaus, die jetzt von der Kriminalpolizei verhaftet werden konnten. Die Schwindler hatten beobachtet, daß auf Sammelkarten in verschiedenen Abteilungen des Warenhauses Einkäufe gemacht werden konnten, um den gesamten Kaufpreis dann an der Sammelkasse zu bezahlen. Sie ließen sich eine Sammelkarte ausstellen, kauften einige kleinere Sachen und nahmen diese in Empfang, nachdem sie die Karte mit einem nachgeahmten Kassensempel versehen hatten. Als sie sahen, daß ihr Trick gelungen war, wurden sie argwöhnisch. Sie ließen sich wiederum eine Karte ausstellen und kauften gleich für 12 000 Mark Artikel verschiedener Art. Als sie nun aber die Sammelkarte mit dem gefälschten Kassensempel vorlegten, wurden sie angehalten und von Kriminalbeamten verhaftet. Sie hatten übersehen, daß die Karten von der Kassiererin noch mit einem Geheimgeldchen versehen werden.

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tageteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Loops, für die Inserate Bruno Gwetz, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Resider u. Direktor Paul Bamsmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunststadt.
Heute Dienstag, den 27. Juli, abends 7 1/2 Uhr.
„Die Fledermaus“
Operette in 3 Akten, Musik v. Joh. Strauß.
Vorverkauf täglich von 10-5 Uhr bei Kadin. Langermarkt 23 und von 10-5 Uhr am Warenhaus Freymann.
Sonntags v. 9-2 Uhr in Theaterkasse.
In Vorbereitung:
„Die Schönste von Allen“.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Lihelle“
Kassensührung 6 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7 II.
Geöffnet von 10-12 und 3-5 Uhr.
Achtung! Achtung!
Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!
Am Donnerstag, den 29. Juli 1920, abends 7 Uhr, findet im Singaal Petrichule Hanjaplag, ein **fröhlicher Abend** statt. Rezitationen, Vorträge unter Mitwirkung des Schauspielers Herrn Hanjap. Rege Beteiligung ist erwünscht. (1830)
Die Ortsverwaltung.
J. A. J. Fischer.

„Frina“ Kaffee
schmeckt wie **Nachtigal**
Bekömmlich, ergiebig, wieder zu haben in den einschläg. Geschäften.
Gelreidekaffeeabrik **DANZIG**

Volkfürsorge
Bemerkenswertlich-Bewusstseins-Gesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Polleerverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der **Rechnungsstelle 16 Danzig**
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.
Achtung! Nur 3 Tage!
„Das Lied der Puffta“
Sensations-Drama in 4 Akten.
Hauptdarstellerin: Charlotte Böcklin.
Spannend! Sensationell!
„Verlorene Existenzen“
Detektiv-Drama in 4 Akten (1886)
Detektiv: Viktor Kuska.
Hauptdarstellerin: Carmen Cartellieri.
„Habakuk“
Lustspiel in 2 Akten mit Jean Paul.

Lavarel Shampoo (1879)
stark schäumend
Überall erhältlich
Einführungspreis 1.- M. pro Paket.

Reinigung
Reinigung
Reinigung

„D“ Stimme
Organ der werktätigen Bevölkerung
Danziger Volksstimme
Verlag: Am Spandhaus 6, Tel. 3290.
Wirksameres Infertionsorgan.

Fahrradgummi billig!
In Auslandsbede 125 A.
Jo Lange Barrat. (1752)
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse 50.

Elektromotor
1/4 PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anlasser, preiswert abzugeben
Danziger Volksstimme,
Am Spandhaus 6.

„JUGEND“
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT FÜR KUNST UND LEBEN
VIERTELJAHR FÜR 20 M.
EINZELNUMMER 1 M. 80
VERLAG DER JUGEND (1830)

Reinigung
Reinigung
Reinigung
Buchhandlung
„Volkswacht“
Am Spandhaus 6 u.
Paradiesgasse 22.

Züchtiger Redakteur
(Korrekter Berichterstatter) zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerbungen sind zu richten an den Vorsitzenden der Pressekommission, Gen. Bergmann, Schichau-gasse 16.
Danziger Volksstimme.

Lehrer Obst's Nerventee
zum Kurgabe b. Nervenkrankh., Kopfschm., Schlaflosigkeit von besterproben, garantiert Wirkung zugleich Arterien-Verstärkung vorbeugend.
Frohe für 1 Woche Mk. 4.—
Mon., Resto Mk. 15.—
Auszerdem besterprobt:
Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinigung-, Bleichsuchts-, Derm., Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh., Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat., Wasserkrucht-Tee u. a. m. Genauere Angaben erforderlich.
R. Obst,
Garnmannsdorf b. Breslau
Nr. 821. (1455)
Schicht
Einlegerinnen,
tüchtige Tischarbeiterin, halt ein (1874)
Carl Böcker,
Buch- und Stahldrucker,
Altepromenade 7.